

## **Kleine Anfrage 401**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
fraktionslos

an die Landesregierung

### **Bearbeitungszeiten von Anträgen auf Gewährung ALG 2/ Hartz IV**

Seit Jahresbeginn 2015 gilt bei den Jobcentern der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen eine neue Dienstanweisung nach dem „Vier-Augen-Prinzip“: Wird zum Beispiel Geld an einen Hartz-IV-Empfänger überwiesen, muss ein zweiter Mitarbeiter vorher den Bescheid noch einmal überprüfen. Die Personalräte der Jobcenter halten davon wenig. Es gebe viel zu wenig Personal, um diese Richtlinie im Alltag tatsächlich umsetzen zu können und außerdem keinen Anlass für die neuen Kontrollen, heißt es aus Personalratskreisen.

Um die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen zu erfüllen, stand die Bundesagentur für Arbeit nach Einführung einer neuen Software vor der Wahl, das „Vier-Augen-Prinzip“ in der neuen Form zu verankern oder mehr Stichproben einzuführen. Das angebliche Ergebnis: Die Stichproben sind noch arbeitsaufwendiger. Sie hätten es nötig gemacht, 760 Vollzeitkräfte neu einzustellen. So sind es jetzt aber nur 400, die befristet eine Stelle in einem Jobcenter bekommen, um den Mehraufwand zu decken.

Die Dauer von der Beantragung von Leistungen des Leistungsberechtigten bis hin zur Leistungsgewährung beträgt derzeit bis zu zwei Monate. Dies bedeutet, dass quasi mittellose Menschen bis zu 2 Monate ohne Geld dastehen.

Angesichts des Urteils des BGH VIII ZR 175/14 vom 04.02.2015 wonach eine Kündigung des Mietverhältnisses eines Sozialhilfeberechtigten Mieters auch bei unverschuldeter Geldnot zulässig sei, ergeben sich einige Fragen.

Daher frage ich die Landesregierung:

1. Wie viel Personal wird in den einzelnen Landkreisen: **PM, TF, MOL, LDS** gegenüber den Leistungsberechtigten vorgehalten, um anstehende Aufgaben zu erfüllen, und welche Reserven stehen bei Krankheit, Urlaub zur Verfügung? Wie hoch ist der Krankenstand in den benannten Jobcentern der Landkreise?

2. Was gedenkt die Landesregierung, zu tun, sollte es aufgrund der längeren Bearbeitungszeiten seitens der Jobcenter, von der Leistungsbeantragung bis zur Leistungsgewährung zu einer Kündigung von Mietverträgen von Hartz IV-Empfängern kommen?
3. Warum beauftragen die Jobcenter in genannten Landkreisen keinen **Ombudsmann** wie beispielsweise in Duisburg, dessen Wirken sich offensichtlich bewährt?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Arbeit der Jobcenter der einzelnen Landkreise?
5. Wie will die Landesregierung einer vermehrten Anrufung der ohnehin überlasteten Sozialgerichte durch immer mehr Verwaltungsaufwand seitens der Jobcenter entgegentreten?
6. Wie hoch ist der finanzielle Aufwand der genannten Jobcenter, um streitige Verfahren bei dem Sozialgerichten Berlin- Brandenburg zu führen, und findet darüber eine Auswertung durch eine Fachaufsicht statt?
7. Bestraft man mit der im Vorwort ausgeführten Vorgehensweise nicht vornehmlich gerade die Menschen die aufstockende Leistungen erhalten, obwohl sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, und jede Veränderung der relevanten Verhältnisse (Mitwirkungspflicht) dem zuständigen Jobcenter mitteilen müssen?